

Niederschrift
über die Sitzung des Fachausschusses für Grundsatzangelegenheiten,
zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.05.2003
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Curdt
Herr Joachim Dziuba
Herr Werner Hesse
Herr Tobias Karlein
Herr Hans-Georg Lang
Herr Nils Runge
Frau Ilona Schaub
Herr Christian Somogyi
Herr Manfred Thierau
Herr Siegfried Ueberall
Herr Bernd Zink

Beratendes Mitglied:

Herr Günther Ettl
Herr Winand Koch

Vom Magistrat:

Herr Manfred Vollmer

Schriftführer:

Herr Klaus-Peter Riedl

Entschuldigt fehlte:

Herr Wolfgang Salzer

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 3 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Stadtallendorf-Mitte
Genehmigung des Wirtschaftsplanes der HLT für das Jahr 2003
Vorlage: FB4/2003/0026
- 4 Feststellung des Jahresabschlusses 2001
 1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EBG)
 2. § 7 Abs. 3 Nr. 5 EBG
 3. Beschluss der Betriebskommission vom 26.03.03Vorlage: FB5/2003/0010
- 5 Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresverlustes 2001
 1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EBG)
 2. § 7 Abs. 3 Nr. 5 EBG
 3. Beschluss der Betriebskommission vom 26.03.2003Vorlage: FB5/2003/0011
- 6 Vorschlag zur Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2002
 1. § 7 Abs. 3 Nr. 7 Eigenbetriebsgesetz (EBG)
 2. Beschluss Betriebskommission vom 26.03.2003Vorlage: FB5/2003/0009
- 7 Behandlung des Berichtswesens in allen Ausschüssen
Vorlage: FB1/2003/0033
- 8 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2003/0032
- 9 Zuschüsse für Fahrten in die Partnerstädte und Gewährung von
Jahresförderbeträgen
Einstellung der Fördermaßnahmen
Magistratsbeschlüsse vom 27.02.1995 und 07.10.1997
Vorlage: FB1/2003/0034
- 10 Richtlinien zur Förderung von Klassenfahrten und
Schulfreizeiten
Vorlage: FB2/2003/0008
- 11 Richtlinien der Stadt Stadtallendorf zur Vergabe
des "Stadtallendorf-Preises"
Vorlage: FB2/2003/0011
- 12 Richtlinien der Stadt Stadtallendorf für die Übernahme von Ausfallbürgschaften
Vorlage: FB2/2003/0012
- 13 Defizitausgleich Schwimmbäder
Einsparvorschläge
Vorlage: FB5/2003/0001
- 14 Mitteilungen
- 15 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Inhalt der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Anträge liegen nicht vor.

Zu 3 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Stadtallendorf-Mitte Genehmigung des Wirtschaftsplanes der HLT für das Jahr 2003 Vorlage: FB4/2003/0026

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Dem Wirtschaftsplan der FEH für das Jahr 2003 für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Stadtallendorf-Mitte wird zugestimmt.

Der Wirtschaftsplan weist voraussichtliche Ausgaben in Höhe von 268.453,34 € und voraussichtliche Einnahmen in Höhe von 339.281,26 € aus.

Es besteht somit ein Defizit in Höhe von 29.172,07 €.

2. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme läuft mit Wirkung 31.12.2003 aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 4 Feststellung des Jahresabschlusses 2001 1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EBG) 2. § 7 Abs. 3 Nr. 5 EBG 3. Beschluss der Betriebskommission vom 26.03.03 Vorlage: FB5/2003/0010

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

„Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss 2001 der Stadtwerke Stadtallendorf mit einem Jahresverlust von 405.412,76 € fest“

Abstimmungsergebnis: 7 Ja
3 Nein

Zu 5 Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresverlustes 2001

- 1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EBG)**
 - 2. § 7 Abs. 3 Nr. 5 EBG**
 - 3. Beschluss der Betriebskommission vom 26.03.2003**
- Vorlage: FB5/2003/0011**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

„Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresverlust 2001 der Stadtwerke in Höhe von 405.412,76 € wird auf das nächste Wirtschaftsjahr vorgetragen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 6 Vorschlag zur Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2002

- 1. § 7 Abs. 3 Nr. 7 Eigenbetriebsgesetz (EBG)**
 - 2. Beschluss Betriebskommission vom 26.03.2003**
- Vorlage: FB5/2003/0009**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bestellt die

Schüllermann und Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft
Hauptstr. 38
63303 Dreieich

zum Prüfer für den Jahresabschluss 2002 der Stadtwerke Stadtallendorf“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 7 Behandlung des Berichtswesens in allen Ausschüssen

Vorlage: FB1/2003/0033

Die Vorlage wird von Herrn Riedl erläutert. Die Gründe für den Vorschlag zur Änderung des Berichtswesens sind rein verwaltungspraktisch. Dadurch, dass im I. Quartal für den in der Regel erst im Januar bzw. Anfang Februar eines Jahres beschlossenen Haushalt sowie in der Sommerpause noch keine grundlegenden bzw. wenig Finanzbewegungen stattfinden, schlägt die Verwaltung als neue Berichtszeiträume den 31.05., 31.08. sowie 31.12. eines Jahres vor. Hinsichtlich

der zu berichtenden Produkte fällt lt. vorliegendem Beschlussvorschlag für den Fachbereich 1 das Produkt „Öffentlichkeitsarbeit/Internet“ sowie für den Fachbereich 3 das Produkt „Meldeangelegenheiten, Ausweise und sonstige Dokumente und Personenstandsangelegenheiten“ weg. Der Wegfall dieser Berichtsprodukte wird vorgeschlagen, da sich diese nach Feststellung der Verwaltung in der Vergangenheit als nicht „berichtswürdig“ herausgestellt haben.

Die Zeiträume für die Berichterstattung werden von Herrn Hesse kritisch gesehen, zumal nach dem Beschlussvorschlag zum 31.08. eines Jahres die letzte Möglichkeit für die Politik bestehen würde, auf geänderte Zahlen zu reagieren. Des weiteren schlägt Herr Hesse vor, die Entscheidung über die zu berichtenden Produkte nicht vom Fachausschuss 1, sondern von den jeweiligen Fachausschüssen selber treffen zu lassen. Weiterhin vermisst Herr Hesse eine Umsetzung seiner kritischen Anmerkungen zum Berichtswesen des IV. Quartals 2002, wonach nicht zu erkennen war, dass die Verwaltung rd. 600.000,- € an Personalkosten eingespart hatte. Insofern schlägt er eine Verfeinerung des Berichtswesens vor.

Ebenfalls wird kritisch angemerkt, dass ein Beschluss über die Vorlage gemäß dem letzten Absatz des Beschlussvorschlages bereits eine abschließende Entscheidung über die Reduzierung der Produkte von 65 auf 56 enthalte, ohne diese Veränderungen im Einzelnen zu kennen. Eine Veränderung der Produkte bzw. eine Reduzierung von 65 auf z. B. 56 möchte Herr Hesse gerne unter Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung geklärt wissen.

Die Anmerkungen von Herrn Hesse werden von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet. Danach könne man durchaus beim bisher vierteljährlichen Berichtswesen bleiben und auch die Fachausschüsse könnten selbst darüber entscheiden, welche ihrer Produkte für das Berichtswesen ausgewählt werden. Die Frage, welche Verfeinerung des Berichtswesens technisch möglich ist, müsse noch geklärt werden.

Zur Frage, ob bei Verabschiedung des vorliegenden Beschlussvorschlages bereits eine endgültige Entscheidung über die Veränderung bzw. Reduzierung der Produkte beschlossen werde, verweist Herr Riedl darauf, dass der letzte Absatz des Beschlussvorschlages als Absichtserklärung verstanden werden sollte, da die Entscheidung zur Veränderung bzw. Reduzierung der Produkte von der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden solle. Diesbezüglich trifft die Verwaltung derzeit eine Vorbereitung für eine entsprechende Beschlussvorlage, die nach verwaltungsinterner Abstimmung vorgelegt werden könne.

In Anbetracht der Dinge verständigt sich der Fachausschuss 1 darauf, über die Vorlage keine Abstimmung zu treffen, sondern diese nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Verwaltung möge unter Berücksichtigung der o. a. Anmerkung einen neuen Beschlussvorschlag unterbreiten.

Kenntnisnahme:

Das bisherige vierteljährliche Berichtswesen an den Magistrat und an den Fachausschuss 1 wird durch ein Berichtswesen an alle Fachausschüsse über die wichtigsten Produkte des jeweiligen Fachbereichsbudgets ersetzt. Neben den unterjährigen Berichten zum Stichtag 31.05. und 31.08. erfolgt zum 31.12. ein Jahresabschlussbericht. Ergänzt werden die einzelnen Produktberichte an die

Fachausschüsse durch einen Fachbereichsbudgetbericht.

Im Einzelnen wird über folgende Produkte berichtet:

Fachbereich 1

1. Produkt 10.1.2 – Verwaltungssteuerung
2. Produkt 20.1.1 – Finanzmanagement
3. Produkt 22.1.1 – Steuern und sonstige Abgaben

Fachbereich 2

1. Produkt 10.1.3.2 – Stadtmarketing/Wirtschaftsförderung
2. Produkt 51.1.1 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen
3. Produkt 51.2.1 – Kinder- und Jugendarbeit
4. Produkt 41.1.3 – Stadthalle
5. Produkt 52.2.1 – Sportförderung

Fachbereich 3

1. Produkt 32.1.1 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
2. Produkt 36.1.1 – Verkehrslenkung/Verkehrssicherheit/Verkehrsüberwachung
3. Produkt 37.1.1 – Gefahrenabwehrmaßnahmen

Fachbereich 4

1. Produkt 23.1.1 – Grundstücksverkehr
2. Produkt 31.1.1 – Umwelt- und Naturschutz
3. Produkt 31.1.3 – Rüstungsaltslasten
4. Produkt 61.1.1 – Städtebauliche Planung
5. Produkt 66.1.2 – Betrieb und Unterhaltung von Verkehrswegen und Anlagen
6. Produkt 67.1.2 – Unterhaltung von Grün-, Park- und Freizeitanlagen
7. Produkt 75.1.1 – Betrieb von Friedhöfen/Bestattungen
8. Produkt 65.1.2 – Gebäudeunterhaltung
9. Produkt 65.1.1 – Neu-, Um-, Erweiterungs- und Abbauten, Modernisierungen und Sanierungen
10. Produkt 23.1.2 – Verwaltung und Bewirtschaftung bebauter Grundstücke

Darüber hinaus werden, falls erforderlich, für Produkte, über die nicht regelmäßig berichtet wird, entsprechende Abweichungsberichte erstellt.

Weitere Informationen ergeben sich aus den Kostenstellenauswertungen.

Die Produkte 65.1.1, 65.1.2 und 23.1.2 gehen ab 2004 in den Wirtschaftsplan „Dul“ über.

Die Anzahl der Produkte wird ab 2004 von 65 auf 56 reduziert. Es handelt sich hierbei um eine sinnvolle und sachliche Zusammenlegung von einzelnen Produkten, die aber nicht mit einer Leistungs- und Arbeitsumfangsreduzierung verbunden ist.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 8 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in
Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2003/0032**

Die Frage des Herrn Runge zum Zustandekommen der vorgeschlagenen Beträge werden mit Hinweis auf die Behandlung der Einsparvorlage in der letzten Sitzung des Fachausschusses 1 beantwortet. Einhellig wird festgestellt, dass, auch nach Erhöhung der Hundesteuersätze, die Steuersätze in Stadtallendorf im Vergleich zu den genannten Städten immer noch die günstigsten sind.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in Stadtallendorf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 9 Zuschüsse für Fahrten in die Partnerstädte und Gewährung von
Jahresförderbeträgen
Einstellung der Fördermaßnahmen
Magistratsbeschlüsse vom 27.02.1995 und 07.10.1997
Vorlage: FB1/2003/0034**

Herr Ettel verweist zur Vorlage auf den bestehenden Partnerschaftsvertrag mit der Stadt St. Ives, wonach die Städte alles Mögliche zur Verbrüderung unternehmen sollen. Auch wenn dort nicht ausdrücklich von finanziellen Leistungen die Rede ist, sieht er den Beschlussvorschlag kritisch und hat in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Magistrat über eine Kompensation bei Wegfall der bisherigen Leistungen nachgedacht hat, und ob sich der Magistrat vorbehalten werde, in Einzelfällen eine Einzel- oder Teilförderung vorzunehmen. Des weiteren fragt Herr Ettel nach der Behandlung von Fahrten, die bereits vor dem 01.06.2003 vorbereitet bzw. eingeleitet wurden, aber erst nach dem 01.06.2003 stattfinden.

Lt. Herrn Bürgermeister Vollmer besteht aufgrund der Haushaltssituation die Notwendigkeit, finanzielle Lücken zu schließen, weshalb auch diese Förderung auf dem Prüfstand steht. Selbst bei Verabschiedung des Beschlusses besteht in begründeten Einzelfällen die Möglichkeit einer Förderung, die jedoch im Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt zu sehen ist.

Darüber hinaus stehe die Stadt lt. Herrn Bürgermeister Vollmer zu den von ihr abgegebenen Versprechungen im Zusammenhang mit Fahrten in die Partnerstädte, kann aber für von anderen abgegebene Versprechungen nicht einstehen.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um nachstehenden Beschluss:

Die Zuschüsse an Vereine und Verbände für Fahrten in die Partnerstädte (5,- € pro Tag und Teilnehmer) sowie die Jahresförderbeträge für Besuche von Vereinen und Verbänden aus ostdeutschen Städten und dem Ausland (200,- €) werden ab dem

01.06.2003 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja
3 Nein

**Zu 10 Richtlinien zur Förderung von Klassenfahrten und
Schulfreizeiten**

Vorlage: FB2/2003/0008

Herr Bürgermeister Vollmer erläutert die Vorlage. Herr Ettel sieht als Lehrer nicht unbedingt die Notwendigkeit, die bestehenden Richtlinien beizubehalten, zumal die Förderung nur rd. 4,-- € je Schüler und Fahrt ausmacht.

Neben dieser von der Stadt freiwilligen Leistung besteht lt. Feststellung des Fachausschusses 1 weiterhin die Fördermöglichkeit durch den Landkreis für sozial schwache Schüler bzw. Familien, die von der vorliegenden Beschlussvorlage nicht tangiert ist.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Richtlinien zur Förderung von Klassen- und Schulfreizeiten mit Wirkung vom 31.05.2003 aufzuheben

Abstimmungsergebnis: 7 Ja
3 Nein

**Zu 11 Richtlinien der Stadt Stadtallendorf zur Vergabe
des "Stadtallendorf-Preises"**

Vorlage: FB2/2003/0011

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung der Richtlinien der Stadt Stadtallendorf zur Vergabe des „Stadtallendorf-Preises“ vom 10.07.1997.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 12 Richtlinien der Stadt Stadtallendorf für die Übernahme von
Ausfallbürgschaften**

Vorlage: FB2/2003/0012

Die Frage des Herrn Koch nach der von der Verwaltung beabsichtigten „Ersatzlösung“ (Umstellung auf projektbezogene und konzeptionelle Förderung) wird von Herrn Bürgermeister Vollmer dahingehend beantwortet, dass dies unter Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung der Richtlinien der Stadt Stadtallendorf für die Übernahme von Ausfallbürgschaften zur Durchführung von Vereins-/Verbandsveranstaltungen vom 29.04.1991 mit Wirkung vom 30.05.2003.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 13 Defizitausgleich Schwimmbäder Einsparvorschläge Vorlage: FB5/2003/0001

Die Vorlage wird von Herrn Bürgermeister Vollmer erläutert, der auf die Ergebnisse der Sitzung der Betriebskommission und des Magistrates verweist. Danach wurden aus den fünf vom Fachbereich 5 vorgeschlagenen Einsparungsvorschlägen zwei ausgewählt. Weitere Einspar Schritte wurden mit Rücksicht auf bestimmte Gruppen zunächst noch nicht für notwendig erachtet. Auf Frage von Herrn Ettl, welcher Beschlusstext letztendlich zur Entscheidung ansteht, verweist Herr Bürgermeister Vollmer auf den der Vorlage beigefügten Auszug aus dem Magistratsprotokoll vom 14.04.2003, wonach nur die dort unter den Punkten 1 und 2 genannten Vorschläge zur Entscheidung anstehen.

Die Frage des Herrn Koch nach der finanziellen Auswirkung der Einsparvorschläge wird von Herrn Bürgermeister dahingehend beantwortet, dass weniger Aushilfspersonal für eine geringere Zeit benötigt wird.

Herr Somogyi vermisst in der Vorlage die Bezifferung des Einsparpotentials bei Absenkung der Wassertemperatur um 1 Grad Celsius, das sich lt. Herrn Somogyi doch ermitteln ließe. Lt. Herrn Bürgermeister Vollmer ist aus Sicht der Verwaltung nicht die Höhe des Einsparpotentials ausschlaggebend, sondern die Tatsache, dass umliegende Städte bei entsprechender Absenkung der Wassertemperaturen nachweisbare Rückgänge bei den Besucherzahlen festzustellen hatten. Dies möchte die Stadt vermeiden.

In Abänderung der Beschlussvorlage und des beigefügten Magistratsprotokolls vom 14.04.2003 fasst der Fachausschuss 1 am Ende der Diskussion folgenden

Beschluss:

Zur Verminderung des Defizits im Bereich der Schwimmbäder beschließt der Fachausschuss 1 folgende Maßnahmen:

1. Einschränkung der Öffnungszeiten des Freibades auf die Zeit von jeweils 01.06. bis 31.08. eines Jahres.
2. Abschaffung der Jahreskarte/Einführung einer gestaffelten Mehrfachkarte. Die Verwaltung wird beauftragt, einen ausgewogenen Vorschlag zur Staffelung einer Mehrfachkarte und der hiermit verbundenen Einnahmeentwicklung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja
3 Nein

Zu 14 Mitteilungen

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu 15 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende

Z i n k

Der Schriftführer

R i e d l

Verteiler Fachausschuss 1

1. Zink, Bernd (Vorsitzender)
2. Hesse, Werner (stellv. Vorsitzender)
3. Curdt, Wolfgang
4. Dziuba, Joachim
5. Karlein, Tobias
6. Salzer, Wolfgang
7. Schaub, Ilona
8. Somogyi, Christian
9. Thierau, Manfred
10. Überall, Siegfried

11. Ettel, Günther
12. Koch, Winand

13. Bürgermeister Vollmer
14. 1. Stadtrat Reinhardt
15. Stadtverordnetenvorsteher Lang
16. Büro Stadtverordnetenvorsteher
17. Ögretmen, Ihsan (Vors. Ausländerbeirat)
18. Schriftführer

Nachrichtlich:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Fachbereich 4

Fachbereich 5

Marburger Neue Zeitung